

SEPTEMBER

7

SEPTEMBER

27

Das müssen Sie wissen für Ihre Entscheidung

NOCH **3** WOCHEN
BIS **3** ZUR WAHL



4. Prüfstein: Energiepolitik

Die IG BCE ist eine Multibranchengewerkschaft, deren Branchen große Mengen preisgünstiger und sicherer Energie benötigen. Im Landesbezirk Nordost arbeiten die Hälfte unserer Mitglieder bei großen Energieversorgern, die andere Hälfte arbeitet in der energieverbrauchenden Industrie.

Darüber hinaus sind wir aber auch privat auf die zuverlässige, preisgünstige und sichere Lieferung und Erzeugung von Energie angewiesen.

Wir wollen, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher Industriestandort bleibt. Deshalb treten wir ein für Nachhaltigkeit, also für ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung.

Darum ist die zukünftige Energiepolitik für die IG BCE besonders wichtig.

Am 27. September ist Bundestagswahl. Woche für Woche stellen wir bis dahin den Mitgliedern der IG BCE die Positionen der Gewerkschaft und der Parteien zu wichtigen politischen Fragen vor.

V.i.S.d.P.
Petra Reinbold-Knape
Inselstraße 6
10179 Berlin

DAS IST DIE POSITION DER IG BCE:

- Energiepolitik dient der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit
- die Strompreise dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht gefährden
- verstärkte Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung neuer Technologien
- Neubau von modernen Kohlekraftwerken ermöglichen, um alte zu ersetzen und damit den CO₂-Ausstoß zu verringern
- CCS (Carbon Capture and Storage/Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid) weiter erforschen, die Lagerung durch ein schnell in Kraft tretendes Bundesgesetz sicher machen
- Restlaufzeit der Kernkraftwerke von Sicherheitsnachweisen abhängig machen
- Emissionshandel darf Wirtschaftlichkeit der Braunkohleverstromung nicht in Frage stellen
- ein breiter Energiemix hat sich bewährt, dazu zählen heimische und erneuerbare Energien

DARUM IST DAS THEMA WICHTIG:

- Branchen wie Chemie, Glas, Papier oder keramische Industrie tragen schon seit vielen Jahren durch innovative und energieeffiziente Produkte aktiv zum Klimaschutz bei
- der Energieträger Kohle bleibt in Deutschland und weltweit auf viele Jahrzehnte unverzichtbar. Die deutsche Braunkohle muss als heimischer Energieträger Planungssicherheit erhalten. Neue Braunkohletagebaue müssen erschlossen werden
- eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung braucht dringend Investitionen in den Ersatz- und Zubau von modernen Kohlekraftwerkskapazitäten
- einen wichtigen Beitrag kann auch die passive Energiepolitik leisten, sei es durch Verbrauchsreduzierungen in den Gebäuden, sei es durch sparsamere Geräte
- am 27. September entscheiden wir auch über die künftige Industrie- und Energiepolitik

Seite 2: Was die Parteien wollen →

4. Prüfstein: Energiepolitik

*Dies sagen die Programme der Parteien:**

CDU

- Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden
- Laufzeitverlängerung der deutschen Kernenergieanlagen
- fossile Energiequellen effizient und Klima schonend nutzen
- Ausbau erneuerbarer Energien bis 20 Prozent im Jahr 2020
- Emissionshandel unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zu einem globalen System weiterentwickeln und auch weitere Branchen mit einbeziehen



- neue, hocheffiziente Kohlekraftwerke errichten
- die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke verlängern
- die Kapazitäten für Stromimporte aus der EU erhöhen
- Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze; verkürzte Planfeststellungsverfahren
- Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch erhöhen
- den Emissionshandel über die bisherigen Bereiche Industrie und Energie sowie Luftverkehr auch auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten



- Kohle- und Gaskraftwerke modernisieren, um CO₂-Ausstoß zu verringern
- Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid weiterentwickeln
- Emissionshandel als zentrales Instrument nutzen, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen
- bis 2020 mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen und 11 Prozent des jetzigen Strombedarfs einsparen
- kompletter Ausstieg aus der Atomenergie bis 2021
- Deutschland soll mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden
- Revisionsklausel für den Steinkohlebergbau wirksam machen und damit das Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindern



- bis 2040 sollen in Deutschland 100 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen kommen
- Atomausstieg ohne Wenn und Aber
- Kohlesubventionen beenden, keine Ausnahmen bei der Ökosteuern
- Steuer auf Strom aus erneuerbaren Energien abschaffen
- Energieverbrauch reduzieren. Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 30 Prozent erhöhen
- beim Emissionshandel Zertifikate grundsätzlich versteigern und Schlupflöcher für energieintensive Branchen schließen
- mit der Verstromung von Braunkohle ist Klimaschutz im notwendigen Umfang nicht machbar; zum Ausstieg gibt es keine Alternative

DIE LINKE.

- Energiekonzerne in öffentliche Hand, Energiemonopole auflösen
- unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen
- keine neuen Kohlekraftwerke
- Treibhausgasemissionen bis 2020 um 50 Prozent gegenüber 1990 reduzieren
- Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich bis 2020 mindestens 50 Prozent, im Wärme- und Kältesektor 25 Prozent
- Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Die Erschließung der Braunkohlevorkommen zerstört gewaltige Teile des Landes. Aktive Unterstützung der Volksinitiative „Keine weiteren Tagebaue“

* Wir geben die Haltung der Parteien in einer redaktionellen Fassung wieder.